

Protokoll

Stadtteilplenum Moabit West

Datum: 21.12.2004
Ort: Stadtschloss Moabit, Nachbarschaftstreff, Rostocker Straße 32B
Moderation: Susanne Torka, Moabiter Ratschlag
Susanne Sander, Quartiersmanagement Moabit West
Protokoll: Jürgen Schwenzel
Teilnehmer: ca. 33 TeilnehmerInnen

1 Streit?! Die Konfliktthilfegruppe berichtet über ihre Arbeit

Die Konfliktthilfegruppe möchte ihren Bericht auf ein Plenum im Jahr 2005 verschieben, zu dem auch neue Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stehen.

2 Berichte: Was gibt es Neues aus dem Kiez?

2.1 Quartiersmanagement im Bezirk Mitte

2.1.1 Bericht von Mandy Adam (QM-Gebietsbeauftragte des Bezirksamts)

Mandy Adam stellt eine Vorlage des Bezirksamts für die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) zur Ausgestaltung der Kooperationsvereinbarung mit dem Senat zu den Quartiersmanagements im Bezirk vor. Die Vorlage (als Anhang zum Protokoll beigefügt) behandelt die Themenfelder:

- **Bürgergremien/Quartiersrat**

Die Vorlage sieht die Initiierung eines Bürgergremiums/Quartiersrats als Entscheidungsgremium für die Vergabe der Soziale Stadt Mittel vor, das analog des praktizierten Bürgerjury-Modells im Rahmen des Quartiersfonds besetzt ist mit mindestens 51% BürgerInnen nach dem Zufallsprinzip aus dem Einwohnermelderegister und maximal 49% VertreterInnen der im Gebiet wirkenden gesellschaftlich relevanten Initiativen, wie Religionsgemeinschaften, freien Trägern, Wohnungsbaugesellschaften, Schulen, Bürgervereinen, etc. mit 15–30 TeilnehmerInnen. Der Zeitpunkt der Realisierung ist noch offen.

- **Vom Projektantrag zur Bewilligung**

Der Ablaufplan beschreibt die Schritte von Akteuren, Zeitplan und Rückkoppelungen

- **Fachliche Beurteilung von Projektanträgen**

Hierzu werden Kriterien benannt zu Bedarf, Zielsetzung, Zielgruppen, Maßnahmebeschreibung, Finanzierung, Umsetzungswahrscheinlichkeit, Erfolgsbemessung

- **Erfolgsbeobachtung**

Die Zielerreichung wird in Sachberichten beschrieben, der Projekterfolg wird an „Kriterien zentraler Bedeutung“ gemessen (Aktivierung der BewohnerInnen, Förderung zur Selbsthilfe, Stärkung nachbarschaftlicher Kontakte, Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement, Vernetzung, Kosteneffizienz, Nachhaltigkeit, Vermittlung sozialer und interkultureller Kompetenzen)

- **Zielsystem/Handlungsschwerpunkte**

Für das QM-Gebiet Beusselstraße steht hier die Veränderung von baulichen Projekten auf soziale Projekte im Vordergrund.

2.1.2 Bericht von Bernd Schlemmer zum Treffen der QM- Bürgergremien in Mitte

Bernd Schlemmer, aktiver Anwohner, hat das gemeinsame Treffen von BürgervertreterInnen aus den bezirklichen QM-Gebieten besucht, zu dem der Koordinator vom Kiezrat Sprengelkiez beim letzten Stadtteilplenum eingeladen hatte.

Bei der Versammlung wurde kritisiert, dass die Entwicklung des Konzeptes des Bezirksamts ohne Beteiligung von BürgerInnen durchgeführt worden ist. Die Stimmung beim Treffen war gegen ein Beteiligungsmodell nach dem Modell der Vergabe-Jurys, gewünscht wurden offene Beteiligungsmöglichkeiten. Dabei wird Wert auf eine hohe Qualität der Entscheidungsfindung gelegt. Ferner wurde vorgeschlagen, dass BürgervertreterInnen an der bezirklichen Lenkungsrunde teilnehmen können. BürgerInnen aus allen QM-Gebieten des Bezirks sollten einen gemeinsamen Handlungsleitfaden diskutieren unter Berücksichtigung jeweiliger kiezspezifischer Dinge.

Für ein neues gemeinsames Treffen gibt es noch keinen festen Termin. Auf Vorschlag von Bernd Schlemmer wird erfragt, ob das Stadtteilplenum sich für eine Beteiligung am gemeinsamen Runden ausspricht. Dies wird mit 15 Stimmen bei 1 Gegenstimme angenommen. Bernd Schlemmer leitet das Votum an die anderen Gebietsvertreter weiter und spricht neue Termine ab. Weitere Interessenten aus Moabit West zur Teilnahme werden noch gesucht.

2.2 Neues von Olle Burg

Ahmed Shah, der Leiter des Theater/Video-Projekts von Olle Burg, berichtet über die Erfolge des Projekts in 2004. Die Resonanz auf dieses interkulturelle Projekt war herausragend, es wurde sogar mit einem Preis ausgezeichnet. Aufgrund der Erfolge wird diese Projektarbeit von Olle Burg nunmehr auch vom Berliner Senat (Integrationsbeauftragter) gefördert. Thematisch wird mit der Theaterarbeit der Nahost Konflikt in Israel / Palästina und seine Auswirkungen auch auf die Menschen hier behandelt, ob Deutsche, Araber, Israelis, Moslems, Juden. Das Theaterprojekt versteht sich als Forum für Frieden und Gerechtigkeit – gegen Antisemitismus und Islamophobie. Olle Burg wendet sich an Jugendliche zwischen 13 und 18 Jahren, die Lust haben gemeinsam für ein halbes Jahr Theater zu machen, sich gegenseitig kennen zu lernen, sich über die eigene und fremde Geschichte auszutauschen und schließlich ein Theaterstück in Schulen, Jugendzentren und öffentlichen Theatern aufzuführen. Ein wichtiger Kooperationspartner für Olle Burg ist dabei die Moses-Mendelssohn-Schule. Gesucht werden zusätzlich zu Schulen und Jugendeinrichtungen andere öffentliche Aufführungsorte. Hierzu werden sowohl das Stadtschloss Moabit als auch das Theaterdock in der Kulturfabrik vorgeschlagen. BVV-Mitglied Jutta Schauer Oldenburg will über einen BVV-Antrag versuchen, eine Aufführung vor den Bezirksverordneten zu ermöglichen. Ein weiteres Projekt von Olle Burg ist „Moabit goes FEZ“. Im Jahr 2005 soll das Theaterstück von Olle Burg im Freizeit und Erholungszentrum in der Wuhlheide (FEZ) aufgeführt werden. Möglichst viele Menschen aus Moabit sollen an diesem Tag gemeinsam zum FEZ fahren. Dieser Wunsch wurde von Jugendlichen an die MitarbeiterInnen herangetragen nachdem sie auf das FEZ in der Wuhlheide über den Moabit-Film aufmerksam wurden.

2.2.1 Leitlinien des Bezirks zur Integration

Mohamed Hanze (bei Mentos aktiv und Mitglied der palästinensischen Gemeinde) stieß beim Surfen im Internet auf der Website des Bezirks Mitte auf die „Leitlinien zur Integration“¹. Er kritisiert, dass diese Leitlinien reine Assimilation darstellen und wünscht eine Auseinandersetzung der Bezirksverordneten hiermit. Ute Winter (Jugendförderung, Regionaldienst) teilt hierzu mit, dass diese Leitlinien noch nicht von der BVV verabschiedet, sondern in der Diskussion sind. Die AG1 und die AG Mädchen (Arbeitsgruppen der Jugendhilfe) machen derzeit Änderungsvorschläge zu den Leitlinien. Debasish Bhaduri, BVV-Verordneter der SPD bestätigt, dass die Leitlinien noch von den Bezirksverordneten diskutiert werden. Es wird vorgeschlagen, die Leitlinien eventuell im Frühjahr im Stadtteilplenum zu diskutieren und hierzu u.a. den Ausländerbeauftragten und den Integrationsbeauftragten des Bezirks einzuladen.

¹ http://www.berlin-mitte.de/index_2689_de.html, Link überprüft am 3.1.2005

3 **Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus, Islamismus, Sexismus – Ist die Demokratie im Bezirk in Gefahr? Das Zentrum für Demokratische Kultur berichtet über eine Untersuchung im Bezirk Mitte**

Claudia Dantschke und Kerstin Sischka vom Zentrum Demokratische Kultur stellen die Studie² „Aspekte der Demokratiegefährdung im Berliner Bezirk Mitte und Möglichkeiten der demokratischen Intervention“ vor. Die Untersuchung wurde vom Berliner Integrationsbeauftragten in Auftrag gegeben. Parallel zum Bezirk Mitte wurden Untersuchungen in Mahrzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick durchgeführt. Hintergrund für die Beauftragung waren Vorerfahrungen mit Untersuchungen in Hohenschönhausen und Friedrichshain-Kreuzberg.

Claudia Dantschke bemerkt zur Studie, dass diese Kommunalanalyse nicht repräsentativ ist. Als Methoden zur Erfassung wurden achtzig Leitfaden-Interviews, teilnehmende Beobachtung, Presse und Onlinerecherchen, Eigenrecherchen sowie Literatur und Dokumentenauswertung benutzt. Die Studie ist nicht vollständig, nicht alle Demokratie gefährdenden Probleme sind beschrieben. Im Rahmen des Stadtteilplenums besteht nur die Möglichkeit, die Inhalte der Studie anzureißen. Der Umfang der Studie beträgt über 250 Seiten, eine Kurzfassung der Mitte-Studie gibt es nicht. Die Senatsverwaltung hat eine Zusammenfassung der Ergebnisse der drei Bezirksstudien³ veröffentlicht (wegen der Dateigrößen erfolgt keine e-mail-Verschickung als Anhang zum Protokoll).

Zwei Themenfelder traten bei der Studie im Bezirk Mitte besonders hervor: Antisemitismus und Homophobie (Angst vor homosexuellen Menschen und deren Lebensweisen). Beides ist in den unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen im Bezirk verbreitet.

Antisemitismus äußert sich in verbalen Vorfällen (z.B. Schimpfwort „Jude“), Mobbing, psychischen Einschüchterungen, Propaganda (u.a. in Form von Beschmierungen, Schändung von Denkmälern), bis hin zu physischer Gewalt. Der Bezirk Mitte hat zahlreiche prominente Orte die rechtsextreme, antisemitische Täter anziehen. Im arabischen und türkischen Medienangebot ist teilweise antisemitische Propaganda. Als Folge des verbreiteten Antisemitismus vermeiden zahlreiche jüdische Menschen sich in der Öffentlichkeit im Bezirk als Jude zu erkennen zu geben. Dies ist eine Folge der Angst vor psychischen oder körperlichen Übergriffen. Viele Juden geben sich nur an explizit jüdischen Orten als Juden zu erkennen.

Homophobie zeigt sich beispielsweise in Ausgrenzung und Diskriminierung homosexueller Menschen, verbalen Anfeindungen (Schimpfwort „schwul“). Homosexualität ist oft ein gesellschaftliches Tabuthema. Besonders verbreitet ist dies in muslimischen Gemeinschaften. Homosexuelle MigrantInnen erleben oft eine Ablehnung ihrer Lebensweise. Gleich mehrfach benachteiligt sind lesbische Migrantinnen. Mehrere Orte im Bezirk wurden in den Berichten von InterviewpartnerInnen benannt, wo es zu einer Häufung von gewalttätigen Übergriffen gegenüber Homosexuellen gekommen ist.

Rassismus tritt oftmals auf als Folge sozial problematischer Hintergründe. So wird die Diskussion um Arbeitsplätze oftmals ethnischierend geführt, die Kulturen hierarchisiert. Rassismus tritt verbreitet in Alltagskonflikten auf, so werden bei Problemen mit Müll und Lärm oftmals Kulturen stigmatisiert. Aber auch struktureller Rassismus wird berichtet: Rassistisches Verhalten von MitarbeiterInnen des Sozialamts wurde wiederholt genannt.

Antiziganismus wendet sich gegen Sinti und Roma. Eine abwertende Benutzung des Wortes „Zigeuner“ ist verbreitet in allen ethnischen Gruppen. In der Hierarchisierung der Minderheiten stehen Sinti und Roma an letzter Stelle der Gesellschaft.

Islam und Islamismus werden innerhalb der Studie besonders umfassend behandelt. Oftmals wird zwischen Islam und Islamismus nicht differenziert. Im Bezirk ist eine islamische Infrastruktur vorhanden, die z.T. auch islamistisch ist. Islamismus bzw. politischer Islam ist eine Ideologie einer Gesellschaftsordnung auf Grundlage des Islam als Gegenentwurf zu westlicher Weltideologie bzw. zu Kommunismus/Sozialismus.

² Studie Mitte: http://www.zentrum-demokratische-kultur.de/pdf/studie_mitte.pdf (1710kB)

³ Ergebnisse der drei Studien: <http://www.berlin.de/sengessozv/auslaender/kommunalanalyse.pdf> (480kB)

Das so genannte „Kopftuchurteil“ des Bundesverfassungsgerichts und die dadurch ausgelösten Diskussionen prägten auch den Untersuchungszeitraum der Studie und wirkten sich auf die Interviews aus.

Zum anderen wurde in den Gesprächen eine breite Unsicherheit der Einschätzung von Personen bzw. Einrichtungen deutlich. Zum Thema Islam und Religion gibt es einen hohen Diskussionsbedarf, gerade auch bei Jugendlichen. Diese werden beeinflusst von Elternhaus, Einrichtungen, Moscheen, Jugendtreffs, Kiezgruppen, etc. Jugendliche werden stark geprägt vom umgebenden Milieu und unterliegen einem Gruppendruck zu wertkonservativem Verhalten. Hier setzen manche islamistische Gruppierungen an.

Sexismus wurde insbesondere als Problem bei männlichen Jugendlichen festgestellt. Ehrbarkeit von Mädchen bzw. Frauen und eigenes Rollenverständnis prägen ihr Verhalten. Auf Grund der begrenzten zur Verfügung stehenden Zeit wurde das Thema beim Plenum nur sehr knapp angerissen.

3.1 Diskussion

3.1.1 Bekanntmachung der Studie

Vorgestellt wurde die Studie bisher beim Präventionsrat, der Lenkungsgruppe der Quartiersmanagements, beim Ausschuss für Bürgerdienste/Interkulturelles und nunmehr beim Stadtteilplenum. Die anwesenden BVV-VertreterInnen bestätigen, dass den Bezirksverordneten die Studie bekannt ist. Claudia Dantschke weist darauf hin, dass das Zentrum Demokratische Kultur anbietet, weiterhin Gespräche zur Studie – auch in kleineren Gruppen – zu begleiten.

3.1.2 Differenzierungsnotwendigkeiten

Claudia Dantschke betont die Notwendigkeit, in Diskussionen mit Pauschalierungen aufzuräumen. Im Alltag werde mit Moslems „Die Türken“ oder „Die Araber“ assoziiert. Auch im Beitrag von Ahmed Shah und dem Flyer zum Olle Burg Theaterprojekt werden Nationalitäten und Religionen gemischt verwendet und nicht ausreichend differenziert.

3.1.3 Islam, Islamismus, Ideologie

Vertreter des „Haus der Weisheit“ stellen die Frage, warum bei Demokratiegefährdung der Islam assoziiert wird. Hierzu wird von Bernd Schlemmer bemerkt, dass die Studie nicht vermittelt, dass der Islam die Demokratie gefährdet. Die Studie wolle vielmehr zur Diskussion und Selbstreflexion anregen. Mohamed Hanze begrüßt die Studie als Beitrag für eine konstruktive Auseinandersetzung mit Islam und Islamismus. Mehrere TeilnehmerInnen kritisieren, dass Claudia Dantschke den Begriff Ideologie in ihrem Beitrag als abwertenden Begriff benutzt habe, Ideologie sei wertfrei. Für Ahmed Shah gibt es Moslems und es gibt Islamisten. Für Claudia Dantschke sind Moslems auch Opfer von Islamisten.

3.1.4 Auswirkungen Nahost-Konflikt, Medien

Mehrere Beiträge betonen die Wirkung des Nahost-Konflikts auf Menschen hier, durch Erfahrungen aus dem Freundeskreis und Familienangehörige im Nahen Osten. Manche sind selber Flüchtlinge und haben persönliche, traumatisierende Erfahrungen gemacht. Als Islamismus propagierende Medien, die Berlin erreichen, sind Claudia Dantschke zwei türkische Zeitungen („Vakit“ und „Milli Gazete“) und ein arabischer Fernsehsender (al-manar, Satellitenempfang) bekannt. Eine Initiative Frankreichs gegen den Empfang des Senders hat kaum Aussichten auf Erfolg. Dem entgegnet ein Vertreter aus dem Haus der Weisheit, dass die deutschen Medien kaum über den Nahost-Konflikt informieren und Palästinenser auf die Informationen arabischer Sender angewiesen sind.

3.1.5 Antisemitismus

Begriffsklärung: „Antisemitismus“ wird meist als Begriff explizit gegen Juden verstanden, es gibt verschiedene Formen wie sich Antisemitismus auswirkt. Zur Frage der Täterherkünfte bei Antisemitismus und Rechtsextremismus berichtet Claudia Dantschke, dass die örtliche Herkunft nur selten bekannt wird. Entsprechende Gruppen sind nicht nur an einem Ort in Berlin aktiv.

Es trat der Wunsch auf, diese Themen erneut und intensiver zu behandeln.

Bezirksamtsvorlage Nr.
- zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem

1. Gegenstand des Antrages:

Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme – bei der
Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache- Nr. 1560/II
Beschluss vom 18.11.2004

Betreff: **Ausgestaltung der Kooperationsvereinbarung im Rahmen des Bund-
/Länderprogramms „Soziale Stadt“**

2. Berichtersteller:

Bezirksbürgermeister Zeller

3. Beschlussentwurf:

- I. Die beigefügte Vorlage zur Kenntnisnahme, betrifft Ausgestaltung der Kooperationsvereinbarung im Rahmen des Bund-/Länderprogramms „Soziale Stadt“ wird bei der Bezirksverordnetenversammlung eingebracht.
- II. Mit der Durchführung des Beschlusses wird die Abteilung Personal, Bürgerdienste und Wohnen - Bezirksbürgermeister – gemeinsam mit der Abteilung Stadtentwicklung beauftragt.

4. Begründung, Rechtsgrundlage, Auswirkungen auf den Haushaltplan und die Finanzplanung:

bitten wir der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Mitzeichnung(en):

StadtL
GesSozL
WilmmoL
JugFinL
BiKuL

Z e l l e r

Vorlage - zur Kenntnisnahme –

über **Ausgestaltung der Kooperationsvereinbarung im Rahmen des Bund-
/Länderprogramms „Soziale Stadt“**

Wir bitten, zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 18.11.2004 folgendes Ersuchen an das Bezirksamt beschlossen
(Drucksache Nr. 1560/II):

Das Bezirksamt wird ersucht, der BVV bis zum 16.12.2004 einen Ziel- und Maßnahmenkatalog zur in der Drucksache- Nr. 1407/II vom 19.08.04 angekündigten Ausgestaltung der Kooperationsvereinbarung zu den Bereichen

- Einsatz bezirklicher Mittel und Ressourcen in QM- Gebieten
 - Evaluation der QM- Gebiete
 - Vernetzung der Bürgerbeteiligungsverfahren in QM- Gebieten mit vorhandenen und geplanten Beteiligungsprozessen der Fachbereiche
 - Einbindung der integrierten Handlungskonzepte der QM- Gebiete in ein bezirkliches Zielsystem
- vorzulegen.

Hierzu wird berichtet:

Im Zusammenhang mit dem Abschluss der Kooperationsvereinbarung zur Übertragung der Durchführungssteuerung im Rahmen des Bund-/Länderprogramms „Soziale Stadt“ zwischen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und dem Bezirk Mitte bekräftigt das Bezirksamt analog der bisherigen Beschlüsse zur Beauftragung der Quartiersmanagement-Teams (s. u.a. BA-Beschluss Nr. 36 vom 15.01.02) seine Bereitschaft zum konzentrierten Einsatz bezirklicher Mittel und Ressourcen in den Quartiersmanagement-Gebieten. Zu den im BA-Beschluss zur Kooperationsvereinbarung aufgeworfenen Themenstellungen beschließt das Bezirksamt folgendes:

BÜRGERGREMIIUM/QUARTIERSRAT

Artikel 6 der Kooperationsvereinbarung QM bezieht sich auf die Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner:

„Aufbauend auf die Mitwirkungsmöglichkeiten im Quartier soll den Bürgerinnen und Bürgern eine stärkere Entscheidungskompetenz eröffnet werden. Die strategischen Handlungskonzepte, die Arbeitsschwerpunkte des Jahres und die wesentlichen Förderentscheidungen eines Programmjahres werden von den Bürgerinnen und Bürger mit entschieden. Für den Prozess der Entscheidungsfindung ist ein jeweils geeignetes Verfahren von der Lenkungsrunde

zu verabschieden. Öffentliche Infrastrukturprojekte sind im Wohngebiet öffentlich zu erörtern.“

Grundgedanke hierbei ist, möglichst vielen Menschen im Quartier die Chance zu geben, sich direkt in die Gestaltung ihrer Lebenswelt einzubringen, Bürgerinnen und Bürger stärker in die Programmmittelentscheidung sowie Verwaltung und Politik stärker in Bürgerverfahren einzubeziehen.

Vor diesem Hintergrund sind die QuartiersmanagerInnen beauftragt, aufbauend auf den bestehenden Strukturen in dem jeweiligen QM- Gebiet perspektivisch ein **Bürgergremium/Quartiersrat** als Entscheidungsgremium im Rahmen seiner Kompetenz zu initiieren, das analog des praktizierten Bürgerjury-Modells im Rahmen des Quartiersfonds wie folgt besetzt ist:

Mindestens 51 % BürgerInnen nach dem Zufallsprinzip aus dem Einwohnermelderegister + max. 49 % VertreterInnen der im Gebiet wirkenden gesellschaftlich relevanten Initiativen, wie Kirchen, freien Trägern, Wohnungsbaugesellschaften, Schulen, Bürgervereinen, etc. mit 15 – 30 TeilnehmerInnen (s. Rahmenmodell Vergabejury Anlage 1).

Die **Einbindung der Verwaltung** in dieses Gremium beschränkt sich auf die Teilnahmemöglichkeit auf Wunsch des Bürgergremiums oder aus eigener Initiative („assoziertes“ Mitglied), da die Verwaltung im Rahmen der Aufwertung der bisherigen Strukturen an entscheidender Stelle in das Gesamtverfahren eingebunden ist (siehe Ämterrunde, Lenkungsrunde) und die beschränkten personellen Kapazitäten zu berücksichtigen sind. Die **Einbindung der bezirklichen Politik** erfolgt über die Möglichkeit der Teilnahme an den Sitzungen der Bürgergremien (Einladungen über die QM- Teams an die Bezirksverordneten), soweit diese dem zustimmen, sowie die Information über die Gewichtung der Handlungsschwerpunkte im Rahmen der integrierten Handlungskonzepte und über die jährliche Verteilung der Programmmittel „Soziale Stadt“ auf die einzelnen Maßnahmen in den jeweiligen QM- Gebieten in Form von Vorlagen an die Bezirksverordnetenversammlung zur Kenntnisnahme.

Das Bürgergremium verfügt über folgende **Kompetenzen**:

- Diskussion, Prioritätensetzung, Votum/Empfehlung/Entscheidungsvorbereitung von Handlungsschwerpunkten, Projekten und Maßnahmen
- Informationsanspruch an Politik und Verwaltung, Entscheidungen müssen transparent und nachvollziehbar übermittelt und begründet werden (Kommunikationsstränge)

Im Sinne einer frühzeitigen Verstärkung des QM- Verfahrens sollten die **Stadtteilzentren** der Arbeitsort des zu installierenden Bürgergremiums/Quartiersrats sein. Das Stadtteilzentrum als zentraler Ort zur Organisation und Steuerung von dezentralen Netzwerken sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Akteure wird so im Bewusstsein der lokalen Nachbarschaften verankert.

Die Entscheidung für das obenstehend erläuterte Modell eines Bürgergremiums/Quartiersrats basiert auf den durchweg positiven Erfahrungen, die im Rahmen des Bürgerjurymodells gewonnen werden konnten. Engagement, hohe Motivation, Ernst, Sorgfalt, großes Verantwortungsbewusstsein und Pragmatismus sind die einhelligen Schlagworte, mit denen die beteiligten Akteure die Arbeit der Bürgerjury beschrieben. Die wissenschaftliche Auswertung kommt zu der Einschätzung, dass die Höhe der bereitgestellten Fördermittel für den Erfolg eines derartigen Verfahrens nicht ausschlaggebend ist, d. h. dass auch eine spürbare Reduktion der zu verteilenden Finanzmittel das Verfahren nicht gefährden würde. Auch der Umstand, dass sich im Anschluss an die Bürgerjuryverfahren in jedem der QM- Gebiete im Bezirk Mitte ein Bürgerverein, Stadtteilplenum oder ähnliches bildete, belegt deutlich die Bürgeraktivierungsqualität eines derartigen Modells.

Das Wiederaufleben und die Weiterentwicklung dieses Modells knüpft an einen Wiedererkennungseffekt an. Es stellt insbesondere durch die Gewinnung von weiteren Bürgerinnen und Bürgern nach dem Zufallsprinzip eine sinnvolle Ergänzung der sich aus den Bürgeraktivierungsmaßnahmen der vergangenen Jahre ergebenden derzeitigen Bürgerbeteiligungsstrukturen dar und bietet die Chance der Mobilisierung bisher noch nicht in ausreichendem Maße erreichter Bevölkerungsgruppen, insbesondere von Migrantinnen und Migranten. Daneben ist perspektivisch im Rahmen des Managements durch die QM- Teams ein Netzwerk der verschiedenen Interessengruppen (Bürgervereine, LOS-Begleitausschüsse, Präventionsrat-AG,...) mit den jeweiligen Kompetenzen und der Schnitt-/Verbindungsstellen weiterzuentwickeln und in die Vorortstruktur des Bürgergremiums/Quartiersrat einzubinden .

Der **Selbstbindung von Politik und Verwaltung**, soweit nicht unabwendbare Hemmnisse entgegenstehen, kommt im Hinblick auf die „Mitentscheidung“ der Bürgerinnen und Bürger in diesem Prozess eine zentrale Bedeutung zu. Die Akzeptanz eines derartigen bürgernahen Modells, hängt im Wesentlichen davon ab, ob Bürgerinnen und Bürger sich in diesem Prozess ernst genommen und nicht nur instrumentalisiert fühlen. Denn im gleichen Maße wie die dezentrale Verantwortlichkeit steigt wird auch der Vertrauensgewinn in Verwaltung und Politik zunehmen. Durch die enge Einbindung der Fachabteilungen in dieses Gesamtverfahren (s. Ablauf „Vom Projektantrag zur Bewilligung“) sind die Voraussetzungen für die Vernetzung der Bürgerbeteiligungsverfahren mit Verwaltungshandeln geschaffen.

An dieser Stelle ist deutlich darauf zu verweisen, dass es sich bei diesem Verfahren der stärkeren Einbindung der Bürgerinnen und Bürger im Quartier um einen **Prozess** handelt, bei dem der permanenten Überprüfung auf Praktikabilität, Sinnhaftigkeit und Zufriedenheit der Verfahrensbeteiligten eine zentrale Bedeutung zukommt und bei dem es sich in diesem Sinne um ein ständig weiterzuentwickelndes, Erfahrungen reflektierendes Verfahren handelt.

Da der Aufbau des Bürgergremiums/Quartiersrat nicht kurzfristig zu realisieren ist, bieten für das Jahr 2005 die in den Gebieten vorhandenen Strukturen, wie Kiezrat, Bürgervereine und Stadtteilplenen, eine geeignete Grundlage, an der Festlegung von Handlungsschwerpunkten und insbesondere an der Auswahl von Projekten und Maßnahmen mitzuwirken. Wie weitgehend die Mitwirkung an der Entscheidung von Projekten und Maßnahmen durch die Vorortgremien zu handhaben ist, muss unter Vorbereitung der QM's in enger Anstimmung mit den vorhandenen Steuerungs- und Koordinationsstrukturen der Verwaltung geklärt werden.

VOM PROJEKTANTRAG ZUR BEWILLIGUNG

In folgendem Schema werden die Aufgaben, jeweiligen Akteure und der angedachte Zeitrahmen des Ablaufs vom Projektantrag bis zur Bewilligung detailliert beschrieben. Der Unübersichtlichkeit wegen nicht grafisch verankert und daher gedanklich nachzuvollziehen sind innerhalb dieses Schemas immerwährende Kommunikationsstränge zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerinnen und Bürgern, wie in der letzten Spalte angedeutet.

VOM PROJEKTANTRAG ZUR BEWILLIGUNG

Schritte	Akteure	Zeitplan	
Fortschreibung Handlungskonzepte (bei Projektfortschreibungen: Aufbereitung Zielerreichung) -	QM/Steuerungs- runde	3. Quartal	
Gewichtung Handlungsfelder/Festlegung Handlungsschwerpunkte (bei Projektfortschreibungen: Erfolgsbeobachtung – Entscheidung über Fortführung) -	QM + Ämterrunde	3. Quartal/ 4. Quartal	
Votum → Prioritätensetzung / prozentuale Gewichtung innerhalb der Handlungsfelder -	Bürgergremium	4. Quartal	
Vorstellung und Entscheidung des Votum des Bürgergremiums -	Lenkungsrunde		Bei Abweichung von Votum → in Bürgergremium begründen (Kommunikations-strang)
Projektaufruf → Vorprüfung/Präzisierung Projektanträge -	QM / Steuerungs- runde		
Votum → Projektauswahl entsprechend Handlungsfelder -	Bürgergremium	1. Quartal	
Entscheidung → Fachliche Abstimmung Projektauswahl, Plausibilitätsprüfung -	Ämterrunde	2. Quartal	- Bei Abweichung von Votum → in Bürgergremium begründen (Kommunikations-strang) - Selbstbindung der Verwaltung und Politik, Bürgervoten zu berücksichtigen
Entscheidung bei strittigen Projekten -	Lenkungsrunde		Entscheidung in Bürgergremium begründen
Bestätigung der Finanzmittelverteilung durch BA-Beschluss	Bezirksamt		

FACHLICHE BEURTEILUNG VON PROJEKTANTRÄGEN UND ERFOLGSBEOBACHTUNG

Artikel 6 der Kooperationsvereinbarung QM bezieht sich auf die Evaluation.

„Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ist für die Evaluation des Programms Quartiersmanagement zuständig und wird diese weiter betreiben. Das Bezirksamt entwickelt Verfahren, die sich zur Evaluation und Erfolgseinschätzung der bewilligten Projekte eignen. Über die Evaluationsergebnisse tauschen sich Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Bezirksamt aus.“

Die Evaluation des Gesamtverfahrens QM verbleibt als Aufgabe bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Zur Ausfüllung der Steuerungsfunktion hat das Bezirksamt Kriterien entwickelt, die sich zum einen auf die fachliche Beurteilung eines Projektantrages im Vorfeld der Bewilligung im Rahmen der Finanzmittelverteilung des Bund-/Länderprogramms „Soziale Stadt“ beziehen und den Antragstellerinnen und Antragstellern Hilfestellung bei der Antragstellung bieten, zum anderen auf die Erfolgsbeobachtung bereits innerhalb des Programms durchgeführter Projekte.

FACHLICHE BEURTEILUNG VON PROJEKTANTRÄGEN

Aufgrund der Gewichtung der Handlungsfelder im Rahmen der Integrierten Handlungskonzepte werden im Folgenden die Kriterien für die fachliche Beurteilung der Plausibilitätsprüfung benannt. Von zentraler Bedeutung ist, die Handhabbarkeit dieser Kriterien für die Fachabteilungen um die bürokratischen Prozesse zu vereinfachen:

- A Bedarfsbestimmung**
 - Problembeschreibung (plausibel), Kiezbezug
- B Zielsetzung**
 - was soll erreicht werden?
 - erwartete Ergebnisse
 - Effekt / Nutzen für das Quartier
 - Nachhaltigkeit
- C Zielgruppenbestimmung**
 - präzise Benennung der Zielgruppe
 - Berücksichtigung Gender Mainstreaming
 - Berücksichtigung der Zielgruppe MigrantInnen
- D Maßnahmebeschreibung**
 - wie soll interveniert werden? Methode / Konzept
 - Vernetzung / Kooperationen / Anbindung an Einrichtungen
 - Zeitrahmen
- E Finanzierung**
 - Konkrete Darstellung der Sach- und Personalkosten / Stundensatz
 - Konkrete Darstellung des Leistungsbildes
 - Darstellung des Eigenanteils (z. B. Ehrenamt)
- F Umsetzungswahrscheinlichkeit**
 - Darstellung / Kompetenz des Antragstellers (z. B. Erfahrungen)
- G Kriterien zur Bemessung des Projekterfolgs**
 - z. B. Teilnehmerlisten, Begehungen, Arbeitsberichte

ERFOLGSBEOBACHTUNG

Zur Überprüfung und Beurteilung des Erfolgs von laufenden und durchgeführten Projekten im Rahmen des Programms Soziale Stadt werden im Folgenden Kriterien benannt, die stetig weiterentwickelt werden.

Zielerreichung

In einem ersten Schritt erfolgt die Messung der Zielerreichung von den im Projektantrag formulierten Zielen (s. obenstehenden Aufbau der Projektanträge). Der Grad der Zielerreichung eines Projektes ist in den vom Träger zu fertigenden Sachbericht darzustellen und wird anhand der dargelegten Kriterien von der QM- und ämterübergreifenden Arbeitsgruppe beurteilt und im integrierten Handlungskonzept dargestellt.

QM- spezifische Kriterien

Im Weiteren erfolgt die Überprüfung des Projekterfolgs anhand von Kriterien, die bei der Durchführung von Quartiersmanagement-Verfahren von zentraler Bedeutung sind. Mit Blick auf die Handhabung des Verfahrens stehen hier im Mittelpunkt:

- die Aktivierung der BewohnerInnen
- die Förderung und Anleitung zur Selbsthilfe / Eigenverantwortung
- die Stärkung nachbarschaftlicher Kontakte
- die Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement
- die Vernetzung / Kooperation
- die Kosteneffizienz
- die Nachhaltigkeit und
- die Vermittlung sozialer und interkultureller Kompetenzen

Die **Verfahrensbeteiligten** zur Prüfung von Zielerreichung und Projekterfolg sind im Einzelnen:

Das QM- Team, bzw. die Steuerungsrunde für die Aufbereitung der Zielerreichung nach obengenannten Kriterien sowie

die Ämterrunde für die Bewertung, ob die in den integrierten Handlungskonzepten dargelegten strategischen Ziele erreicht worden sind und damit die Entscheidung (ggf. Modifikation) über die Fortführung von Projekten.

ZIELSYSTEM

Artikel 8 der Kooperationsvereinbarung QM bezieht sich auf die Aufstellung von integrierten Handlungskonzepten:

„Das Bezirksamt verpflichtet sich einmal jährlich (jeweils zum 31.12.) pro QM- Gebiet ein integriertes Handlungskonzept für das kommende Jahr der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung vorzulegen. Das Handlungskonzept wird in Abstimmung mit dem QM- Beauftragten erstellt. Das Handlungskonzept ist auf der Grundlage intensiver Abstimmungen mit Bürgerinnen und Bürgern, Ämtern und sonstigen Akteuren auf QM- Gebietsebene zu entwickeln und in den Steuerungsrunden abzustimmen.(...) Die integrierten Handlungskonzepte dienen der strategisch-inhaltlichen Orientierung und Dokumentation der QM- Arbeit. Sie stellen einen Ausblick auf die notwendigen QM- Arbeitsschwerpunkte des kommenden Jahres dar. (...)In ihnen werden u.a. anhand von Stärken-Schwächen-Analyse des QM- Gebiets Prioritäten gesetzt. In den Handlungskonzepten sind die konkreten Maßnahmen zu beschreiben, die im Rahmen der zur Verfügung stehenden Fördermittel geeignet sind, im Sinne der übergeordneten Ziele die Quartiere zu einem sich selbst tragenden, nachhaltigen, sozial und wirtschaftlich stabilen, urbanen System zu entwickeln.(...) In den Bezirksamtsbeschlüssen zu den integrier-

ten Handlungskonzepten wird eine ressortübergreifende Zielabstimmung und ein gebündelter Ressourceneinsatz der Abteilungen des Bezirksamts für die QM- Gebiete deutlich.“

Aufbauend auf das strategische Zielsystem der Einrichtung Integrierter Stadtteilverfahren – Quartiersmanagement – (s. Anlage 2) wird jährlich für jedes der QM- Gebiete im Bezirk Mitte ein integriertes Handlungskonzept erstellt, in dem ausgehend von den strategischen und operationalen Zielen die konkreten Maßnahmen, die beabsichtigte Wirkung, der Träger der Maßnahme und die beteiligten Akteure, die Finanzierung sowie der Zielerreichungsgrad beschrieben werden. Die Überarbeitung der im Rahmen des Zielbaums definierten strategischen Ziele obliegt als Steuerungsinstitution der QM-Verfahren im Land Berlin der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Für die Festlegung eines gesamtbezirklichen Zielsystems sind die Erfahrungen aus der Er- und Bearbeitung dieses Zielsystems nutzbar und hilfreich und bieten eine gute Grundlage für die Erarbeitung eines bezirklichen Zielsystems.

Mit Stand 09.09.2004 wurden die integrierten Handlungskonzepte für jedes der QM- Gebiete federführend durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ausgewertet und es erfolgte erstmals eine Gewichtung, der strategischen Ziele für die jeweiligen QM- Gebiete. Diese Auswertung führte in einer ersten groben Darstellung zu folgendem Ergebnis:

Strategische Prioritätensetzung in den QM- Gebieten für 2005

QM Beusselstraße	Verabschiedung QM- Arbeit von Orientierung auf bauliche Maßnahmen hin zu gemeinwesenorientierten Projekten Z9 + Z8, Z3, Z4 Partizipation, Wohnqualität, soz. Infrastruktur
QM Magdeburger Platz	Z1 + Z2, Z5 + Z9, Z3 + Z7, Z4 + Z8 (nach Reihenfolge) Arbeitsmarkt, Bildung, Stadtteilkultur
QM Pankstraße	In 2002 und 2003: Z3 in Verbindung mit Z1 sowie gleich intensiv Z2 und Z4 (besonders fehlende Freizeitangebote). Sprachförderung. Z8 und Z9 wichtige Querschnittsaufgaben Wohnumfeld, Bildung, soz. Infrastruktur
QM Soldiner Straße	Z1 + Z2, Z4, Z8 + Z9 Arbeitsmarkt, Bildung, soz. Infrastruktur
QM Sparrplatz	Z1 als zentrale Aufgabe, Z9: übergreifende Priorität im Zusammenhang mit Z8 + Z2 (+ Z4 + Z6) Arbeitsmarkt, Partizipation, Bildung

(Z1: Mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt

Z2: Mehr Fort- und Weiterbildung

Z3: Bessere Qualität des Wohn- und Lebensraums

Z4: Bewohneradäquate (nachfragegerechte) soziale Infrastruktur

Z5: Bewohneradäquate Stadtteilkultur

Z6: Besseres Gesundheitsniveau

Z7: Besseres Sicherheitsniveau und Steigerung des subjektiven Sicherheitsempfindens

Z8: Mehr Akzeptanz und unterstützendes Sozialgefüge

Z9: Mehr Partizipation der Bewohner und Akteure).

An dieser Arbeitsstruktur anknüpfend wurden im Laufe des Jahres Gesprächsrunden zur Abstimmung der Handlungsziele unter Berücksichtigung der fachlichen Ziele des Bezirksamtes zwischen VertreterInnen der Fachabteilungen und den QM-Teams als Beginn eines kontinuierlichen Prozesses durchgeführt. In einer ersten Phase wurden Handlungsschwerpunkten Zukunft für Jugend, Standortentwicklung, Lokale Beschäftigung, Integration/ Sprachförderung und Wohnumfeld erörtert. Als Grundlage der Gespräche diente folgendes Raster zur Abstimmung über die Schwerpunktsetzung. Hierbei ist u.a. der gebündelte Ressourceneinsatz unter dem Punkt „Kostenstruktur“ widergespiegelt:

„Handlungsfeld - Handlungsziel - Zielgruppe - Projekt / Maßnahme, Programmjahr - Akteure - Kostenstruktur - Stellungnahme der betroffenen Fachverwaltungen“.

Der intensive Austausch zwischen Fachabteilungen und QM- Teams als Grundlage zur Festlegung der Handlungsschwerpunkte sowie des Fördermitteleinsatzes wird von den beteiligten Akteuren als hilfreich und zielführend beurteilt. Die Einbindung der verschiedenen Fachabteilungen ist jedoch noch ausbaufähig, ohne zu verkennen, dass dies eine hohes Maß an zeitlicher und personeller Kapazität bindet. Durch die vorgeschlagene Struktur des Verfahrens wird die Gewichtung und Festlegung der Handlungsschwerpunkte in den jeweiligen QM- Gebieten unter Einbindung der Bürgergremien von der ressortübergreifenden Ämterrunde erarbeitet und festgelegt.

Wir bitten, den Beschluss damit als erledigt anzusehen.

Rechtsgrundlage:

§ 13 i. V. m. § 36 Bezirksverwaltungsgesetz

Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben sowie die Personalwirtschaft:

a) Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

Die Übernahme der Mietkosten für das Vorortbüro des Quartiersmanagements Moabit West aus 4610/5180 - geändert ab 01.01.2005 aus 4610/89331 - ist ab 01.01.2005 weiterhin in der Höhe von 504,13 €, die Mietkosten für das Vorortbüro des Quartiersmanagements Pankstr. aus 4610/51801 ab 01.01.2005 in der Höhe von 586,50 € zu leisten.

b) Personalwirtschaftliche Ausgaben:

Keine

Berlin, den

Z e l l e r

Beschluss-Nr.
des Bezirksamtes Mitte von Berlin vom
(BA-Vorlage-Nr.)

**Ausgestaltung der Kooperationsvereinbarung im Rahmen des Bund-
/Länderprogramms „Soziale Stadt“**

Das Bezirksamt beschließt

- I. Die beigefügte Vorlage zur Kenntnisnahme, betrifft Ausgestaltung der Kooperationsvereinbarung im Rahmen des Bund-/Länderprogramms „Soziale Stadt“ wird bei der Bezirksverordnetenversammlung eingebracht.
- II. Mit der Durchführung des Beschlusses wird die Abteilung Personal, Bürgerdienste und Wohnen - Bezirksbürgermeister – gemeinsam mit der Abteilung Stadtentwicklung beauftragt.

Begründung, Rechtsgrundlage und haushaltsmäßige Auswirkungen bitten wir der o. g. Vorlage zu entnehmen.

.

Bezirksbürgermeister